

Bewerberfeld für RBB-Intendanz lichtet sich .....	1
Studie: Deutsche sind weiter nachrichtenmüde .....	2
Neue Nachrichten-Dachmarke für Sat.1, ProSieben und Kabel Eins .....	3
Einigung mit Deutscher Telekom: 3. Liga weiter live in der ARD .....	3
Propaganda in den Medien: Experte plädiert für „mutige Regulierung“ .....	4
Journalist: Politiker schaffen sich ihre eigene Wahrheit .....	5

## Bewerberfeld für RBB-Intendanz lichtet sich

**Berlin (epd).** Die Journalistin Juliane Leopold hat ihre Kandidatur als RBB-Intendantin zurückgezogen. Im sozialen Netzwerk LinkedIn schrieb Leopold, sie wolle den Weg freimachen für eine Kandidatin oder einen Kandidaten, deren Angebot besser zur aktuellen Situation des RBB passe. Die Intendantenwahl im Rundfunkrat soll an diesem Freitag stattfinden.

Leopold schrieb in dem am Dienstagabend veröffentlichten Post: „Der Kern meines Angebots für den RBB ist die digitale Transformation des Journalismus des RBB und die konsequente Ausrichtung des Senders auf die starke regionale Verankerung in Berlin und Brandenburg.“ Sie habe jedoch in den vergangenen Tagen viele Gespräche geführt und dabei den Eindruck gewonnen, dass im RBB derzeit die Frage im Vordergrund stehe, wie am ehesten alles so bleiben könne, wie es ist. „Fragen wie diese werden derzeit meiner Einschätzung nach mit größerer Priorität diskutiert als manches, was in die programmliche Gestaltung der Zukunft des RBB weist“, schrieb Leopold bei LinkedIn.

Die 1983 in Halle an der Saale geborene Leopold war eine von vier Kandidatinnen und Kandidaten, die sich vergangene Woche im Rundfunkrat des RBB als Bewerber für die Intendanz vorgestellt hatten. Außer ihr bewarben sich Jan Weyrauch, der Programmleiter von Radio Bremen, die ehemalige stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer und die frühere Vodafone-Managerin Heide Baumann.

Der Vorsitzende des RBB-Rundfunkrates, Oliver Bürgel, bedauerte den Rückzug von Leopold. Er sagte: „Wir haben in der Findungskommission viel Wert darauf gelegt,

Die Vereinbarung bezieht sich den Angaben zufolge auf in der Regel 68 Livespiele pro Saison zur Ausstrahlung im TV und in den Mediatheken. Im Detail umfasst der Abschluss, der sich auf die kommenden vier Spielzeiten bezieht, zwei Livespiel-Übertragungen an jedem Samstagsspieltag in der 3. Liga. Die Übertragungen werden wie in der Vergangenheit vorwiegend in den Dritten Programmen gezeigt, eine plattformneutrale Nutzung der Rechte ist dabei sichergestellt, wie es weiter hieß.

ARD-Sportkoordinator Axel Balkausky sagte, dass die Vereinbarung mit der Deutschen Telekom weiterhin eine umfangreiche frei empfangbare Live-Berichterstattung von der 3. Liga sichere. „Dies zu erreichen, war für uns sehr wichtig, denn die 3. Liga ist vor allem in Hinblick auf das große regionale Zuschauerinteresse an den Spielen ein sehr hohes Gut, das wir dem Publikum auch für die Zukunft im Free-TV bewahren wollen.“

Die Wirksamkeit der Vereinbarung stehe noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der bei der ARD zuständigen Gremien, hieß es. *ema*

**Frankfurt a.M. (epd).** Der Passauer Politikwissenschaftler Florian Töpfl hat dafür plädiert, bei der Regulierung von propagandistischen Auslandsmedien mutig zu sein. Es sei außerdem ein Bewusstsein aller Verantwortungsträger dafür nötig, den Kreml als „skrupellos agierenden Akteur“ zu begreifen, der explizit beabsichtige, die Stabilität der hiesigen Demokratie zu beschädigen, sagte Töpfl am Dienstag in Frankfurt am Main beim „Forum Medienzukunft 2023“ der Medienanstalt Hessen.

Es gehe darum, die Öffentlichkeit vor unerwünschter Einflussnahme zu schützen. Einfache Lösungen, um etwa gegen die Einflussnahme Russlands vorzugehen, gebe es aber keine, sagte der Professor für Politische Kommunikation mit Schwerpunkt auf Osteuropa und die postsowjetische Region. Bei der Propaganda des Kremls handele es sich nicht nur um Falschaussagen, sie seien auch strafbar und „inhuman“.

Das diesjährige „Forum Medienzukunft“ befasste sich unter dem Titel „Error 404 - Truth not found, trust lost“ mit der Frage, wie die Informationsfreiheit angesichts von Manipulation, Propaganda und Zensur gesichert werden kann.

Töpfl, der ein Forschungsprojekt zu den „Auswirkungen der Digitalisierung auf Russlands informationellen Einfluss im Ausland“ leitet, präsentierte in Frankfurt einige Ergebnisse. Danach besuchen drei Prozent der deutschen Bevölkerung zumindest einmal im Monat die russische staatliche Website „RT“, die mittlerweile auf der Sanktionsliste der EU steht.

Während diese Website von ihren Nutzern aber als staatsverbunden wahrgenommen werde, sei dies bei deutschen, sogenannten alternativen Medien nicht der Fall, sagte Töpfl. Dabei habe die Hälfte der untersuchten alternativen Medien eine organisatorische, mediale oder persönliche Verbindung nach Russland.

Ralf Stettner, Leiter der Abteilung Cyber- und IT-Sicherheit im hessischen Innenministerium, sprach von einer erhöhten Bedrohungslage. „Es ist so, dass wir einen vernetzten Akteur haben, der mit hoher Expertise und Geduld angreift.“ *lmw*